

Kein Hintertürchen für den König

Debatte in Nepal: Maoisten wollen feudale Strukturen endgültig abschaffen

Hilmar König, Neu-Delhi

Die regierende Allianz aus sieben Parteien in Nepal ist sich über den Kurs des asiatischen Staates uneins. Gut ein halbes Jahr nachdem König Gyanendra die Regierungsgewalt unter dem Druck anhaltender Proteste wieder an das Parlament zurückgegeben hat, sorgt seine Rolle im künftigen Staat für Zwist zwischen den Parteien – das wurde zuletzt bei einem Treffen der Parteien-Allianz Mitte vergangener Woche deutlich.

Vertreter der nepalesischen Kongreßpartei, der stärksten der sieben Bündnispartner, erklärten bei dem Treffen, dem König solle auch unter neuen Verhältnissen eine Chance gegeben werden. Dieser Auffassung sei auch Premier Girija Prasad Koirala. Die Kommunistische Partei Nepals (Vereinte Marxisten und Leninisten) opponiert gegen diesen Kurs. Sie macht Regierungschef Koirala zudem für den schleppenden Verlauf der Friedensgespräche mit der maoistischen Guerilla verantwortlich. In der vergangenen Woche war die Fortsetzung der Waffenruhe mit den Rebellen erst im letzten Moment vereinbart worden. Die KPM wirft Prasad Koirala auch die Verzögerungen bei der Verabschiedung einer Übergangsverfassung vor.

Über das Schicksal der Monarchie sollten, geht es nach den Kommunisten, die Bevölkerung in einem Referendum entscheiden. Auch andere Teilnehmer des Parteientreffens warnten vor der Gefahr einer »zeremoniellen Monarchie«, weil sie ein erneutes Erstarren des Königs nicht ausschließen könnte. Eine Übergangsverfassung solle daher den Weg zur Republik ebnen. Trotz unterschiedlicher Auffassungen erklärten alle Teilnehmer, gemeinsam zu wirken, damit die vorläufige Konstitution Mitte November in Kraft treten und die Vorbereitung von Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung im kommenden Frühjahr beginnen kann.

In einem Interview fuer die britische Zeitung The Daily Telegraph erläuterte Pushpa Kamal »Prachanda« Dahal, der Chef der KPN (Maoistisch), seine Vorstellungen über den politischen Prozeß. Seine Partei habe Lektionen von anderen revolutionären Bewegungen gelernt, sagte er und bekräftigte, daß für eine »lebendige, dynamische Gesellschaft« ein Mehrparteiensystem erforderlich sei. »Wir kämpfen nicht für Sozialismus, sondern gegen Feudalismus«, sagte Guerillaführer Prachanda. Wenn der Premier eindeutig auf die Gründung einer Republik Nepal hinarbeite, könnten die Maoisten ihre Waffen abgeben. Doch wenn er der Monarchie ein Hintertürchen offen halte, sei eine Niederlegung der Waffen ausgeschlossen. Prachanda schlug eine schrittweise Entwaffnung unter Kontrolle der Vereinten Nationen vor, bei der im Gegenzug das gesamte königliche Eigentum verstaatlicht werde.

Unterdessen ermahnte das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte in Kathmandu die Maoisten, illegale Aktivitäten einzustellen. Immerhin hätten sich die Rebellen mehrfach zu verpflichtet. Dem entgegen hätte es allein im Oktober im Kathmandutal 39 Entführungen gegeben. Die KPN (Maoistisch) spricht von »80 Festnahmen wegen krimineller Aktivitäten«.